Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2415&koobi...

Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt

(2.7.2012) Vor der Abstimmung im Parlament - Während Medien wie "derstandard.at" KritikerInnen des ESM unterstellen, sie seien Rechte, straft das Engagement von Organisationen wie Attac derartige Propaganda Lügen. Es ist wohl die Entscheidung etwa der Grünen, Warnungen nicht ernstzunehmen und für die Regierung den Steigbügelhalter für die Zweidrittel (Verfassungs) Mehrheit zu machen.

Man kann FPÖ und BZÖ, die eine Volksabstimmung fordern und im Parlament gegen den ESM stimmen werden, nicht vorwerfen, wie sich die Grünen verhalten. Argumente von Attac, aber auch von ExpertInnen werden nicht deswegen schlechter, weil sie von "Rechten" geteilt werden. Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit:

Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa

Heute werden im Verfassungsausschuss im Nationalrat der Fiskalpakt und der europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) abgesegnet. Attac fordert die Parteien auf, beides abzulehnen.

Deutsches Verfassungsgericht prüft, österreichische Regierung boxt durch

Der ESM und der Fiskalpakt unterlaufen das EU-Recht und werden daher als völkerrechtliche Verträge konstruiert. Zudem soll der Fiskalpakt wird nur mit einfacher Mehrheit beschlossen werden - obwohl namhafte Verfassungsjuristen wie Heinz Mayer, Stefan Griller und Bernd-Christian Funk deutlich darauf hinweisen, dass der Vertrag eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt. In Deutschland wird Bundespräsident Gauck beide Verträge auf Bitte des Verfassungsgerichts nicht unterschreiben, bis deren eingehende Prüfung abgeschlossen ist.

„Die Bedenken des deutschen Verfassungsgerichts machen klar, wie stark der Fiskalpakt in geltendes Recht eingreift. Die Regierungsparteien in Österreich handeln fahrlässig, wenn sie so fundamentale Eingriffe in aller Eile vor der Sommerpause und mit lediglich einfacher Mehrheit beschließen. Sie riskieren, Österreich in eine Verfassungskrise zu stürzen", kritisiert Elisabeth Klatzer, stv. Obfrau von Attac Österreich. „Das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und ihre Budgethoheit sowie die BürgerInnen werden umgangen. Europa braucht mehr Demokratie, nicht weniger!", so Klatzer weiter.

Verschärfend kommt hinzu, dass ESM und Fiskalpakt unkündbar sind. Hier wird eine also eine nicht rechenschaftspflichtige De-facto-Super-Finanzregierung geschaffen, die mehr Macht hat als Parlamente und Regierungen - sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

ESM und Fiskalpakt verschärfen die Krise

Der ESM erhöht die Schulden aller Beteiligten weiter, anstatt sie über EU-weit koordinierte Steuern abzubauen.Der Fiskalpakt zwingt alle Staaten gleichzeitig zu einer Politik der Ausgabenkürzungen, geht an den Krisenursachen vorbei und wird die Krise noch weiter verschärfen: Die Staatsschulden sind nicht Folge zu hoher Sozialausgaben. Die wahren Ursachen sind die Fehlkonstruktion der Eurozone, die die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa verschärft hat, und die staatlichen Rettungsmaßnahmen.

Griechenland macht nur allzu deutlich: Der rigide Sparkurs verstärkt die Krise statt sie zu lösen. „Mit ESM und Fiskalpakt wird die falsche Wirtschaftspolitik à la Griechenland nun in ganz Europa verschärft: Die Folge sind weitere Sparpakete, Umverteilung von unten nach oben, Rezession und Massenarbeitslosigkeit", betont Elisabeth Klatzer.

Die Männer-Riesenpleite...
Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
8 Thesen zum Grundeinkommen...
Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
Armut und Diskriminierung sind weiblich...
Einkommensunterschiede: StadträÌtin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
(20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
"Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
(20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
Diskriminierte Managerinnen...
Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
Darf nur die Post zur Polizei?...
Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
"Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r Ã–sterreich...
Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
Volkskrankheit soziale Unterschiede...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 04.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2415&koobi...

Attac-Aktion vor dem Parlament

Attac fordert Steuerpakt statt Fiskalpakt und neue Rolle der EZB

Es gibt Alternativen zu dieser Politik. Unmittelbar sind drei Maßnahmen dringend notwendig, um die Krisendynamik zu stoppen:
1.) Ein Steuerpakt statt dem Fiskalpakt, d. h. eine umfassende Koordinierung der Steuerpolitik innerhalb der EU (etwa Mindeststandards für Vermögens- und Unternehmenssteuern)), um die Staatsschulden koordiniert abzubauen. Vom derzeitigen Steuerwettlauf nach unten profitieren nur Vermögende und Konzerne, und die Schulden steigen weiter.
2.) Eine direkte Finanzierungsmöglichkeit für Staaten durch die EZB unter der Bedingung, dass diese Staaten sich an der Steuerkooperation beteiligen.
3.) Eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und insbesondere der Banken.

„Diese drei Maßnahmen sind mit politischem Willen machbar und würden die Macht und Dominanz der entfesselten Finanzmärkte brechen. Unsere Regierung sollte sich für solche progressiven Lösungen in Europa einsetzen – das Scheitern der konservativen Krisenpolitik, für die ESM und Fiskalpakt stehen, erleben wir schließlich seit Jahren", sagt Elisabeth Klatzer abschließend.

PS: Am Montag, den 2. Juli verkündeten die Parteichefs von SPÖ, ÖVP und **Grünen** die Einigung in Sachen ESM. Dabei brüsteten sich die Grünen, Mitbestimmung des Parlaments hineinreklamiert zu haben. Auch Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) verwies stolz darauf, dass das Parlament mehr Mitsprache habe als anderswo.

Nun muss man aber wissen, dass Verträge überall gleich lauten und dem österreichischen Parlament auch die komplizierten, englischsprachigen Durchführungsbestimmungen zum ESM **vorenthalten** wurden. So gesehen muss die Regierung noch einiges lernen beim Thema "Mitsprache". Außerdem kann sie allerhöchstens das eigene Parlament besser informieren und einbeziehen, nicht aber verändern, was beschlossen wurde.

Banken werden direkt vom ESM Gelder bekommen, die Budgetsouveränität der Staaten besteht nicht mehr uneingeschränkt. Nicht umsonst beruft sich Attac auf das deutsche Verfassungsgericht, das von massiven Eingriffen in das Recht der Mitgliedsstaaten spricht. Die Grünen (und die Regierung) kommen mit kosmetischen Aktionen davon: eigentlich benötigt auch der **Fiskalpakt** eine Zweidrittelmehrheit, man umgeht dies aber, damit sich die Grünen als angeblich kritisch profilieren können. Dass sie dem Fiskalpakt nicht zustimmen, ist aber nicht mehr als eine leere Geste....

Infos:
Attac
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis (ignorieren Bundeskongressbeschluss zum ESM)
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten: Attac und die ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben.
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt: Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten.
Der große Euro-Schwindel - Die Doku "Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm.
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt: Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.

****

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir
Eine „Gefällt mir"-Angabe. Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

- ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
- Geringe Nachfrage nach einkommensabhÃ¤ngigem Kindergeld...
- Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
- Wollen Frauen wenig verdienen?...
- Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
- Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
- Unternehmerinnen in Wien...
- Die Einkommenstransparenz kommt...
- Was bringt die Einkommenstransparenz?...
- Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
- Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
- Werben für mehr Väter in Karenz...
- Unternehmen und Krisenmanagement...
- Eine Keule für Christine Marek!...
- Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
- Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
- Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
- Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
- Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
- Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
- Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
- Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
- Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
- Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
- Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
- Kampf gegen Frauenquoten...
- Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
- Weniger weibliche Führungskräfte...
- Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
- Unterwegs im Korruptionssumpf...
- Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
- Standard & Poor's versus EU-Staaten...
- Attac zum EU-Gipfel...
- Disput über den EU-Fiskalpakt...
- Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
- Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
- Attac zum Rating für Österreich...
- Frauen wirtschaften erfolgreicher...
- Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
- Finanzmarktpolitik und Gender...
- Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
- Was Social Banking bewirken kann...
- Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
- Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...
- Rote Karte für adidas...
- Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- ESM ohne Durchführungsbestimmungen...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag
Internetclipping erstellt am 04.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2415&koobi...

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

- Der große Euro-Schwindel...
- Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
- ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
- Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links |Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 04.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at